

Der durchsichtige Mensch

In Argentinien setzt die Regierung Gesichtserkennung zur Verbrechensbekämpfung ein und droht Protestierenden. **Von Margarita Trovato**

Sowohl die nationale Regierung als auch lokale Regierungen machen in Argentinien von Künstlicher Intelligenz Gebrauch, um vermeintlich effizient gegen Verbrechen vorzugehen. Die Regierung von Präsident Javier Milei droht gar Protestierenden, sie mittels KI zu identifizieren, um ihnen die Sozialleistungen zu kürzen. Doch über die genauen Hintergründe der angewendeten Techniken ist noch wenig bekannt.

Seit 2023 stehen die Sicherheitspolitiken in Argentinien im Zeichen systematischer Überwachung. Sowohl auf nationaler als auch lokaler Ebene ist der Einsatz entsprechender Technologien, die in die Privatsphäre der Bürger*innen eingreifen, mittlerweile verbreitet. Es handelt sich um Instrumente, über die nur sehr wenig bekannt ist und für die kaum Kontrollmöglichkeiten bestehen. Die Regierung verspricht effiziente Lösungen, ohne die Kosten für die Bürger*innenrechte zu berücksichtigen. Dies verstärkt die Stigmatisierung und Verfolgung von Dissident*innen. Letztlich zielen die Maßnahmen darauf ab, den Kampf sozialer Organisationen und Menschenrechtsbewegungen zu unterbinden.

Ein paradigmatisches Beispiel ist Buenos Aires. Auf Beschluss der lokalen Regierung – und später vom Lokalparlament durch ein Gesetz bestätigt – hat die argentinische Hauptstadt ein System zur Gesichtserkennung installiert. 300 Kameras sollen gesuchte Straftäter*innen ausfindig machen. Die Umsetzung erfolgte ohne vorherige Prüfung darüber, welche Rechte dadurch eingeschränkt werden könnten. Eine angemessene öffentliche Debatte fehlte ebenso wie ausreichende Kontrollmechanismen.

Die Nutzung von KI ist voller Unklarheiten

Mit der Umsetzung beauftragt wurde ein privates Unternehmen, dessen Trainingsparameter der Regierung selbst nicht bekannt sind. Schwerwiegende Fehler in der Datenbank führten bereits zur Festnahme unschuldiger Personen. Dank der Zivilgesellschaft, die unter anderem eine Klage eingereicht hat, ist das System derzeit geringfügig ausgesetzt.

Im Rahmen des Verfahrens zeigte sich: Das Sicherheitsministerium der Stadt hat

illegal biometrische Daten von sieben Millionen Menschen gesammelt, ohne dass jemand davon wusste. All dies hängt mit der Geheimhaltung und der mangelnden Überprüfbarkeit sowohl der Software als auch ihrer Einsatzweise zusammen.

Obwohl das System zurzeit ausgesetzt ist, gibt es immer wieder Beschwerden über die missbräuchliche Anwendung von Gesichtserkennung in Buenos Aires. Es ist nicht bekannt, welches System aktuell verwendet wird. Denn es ist sehr schwierig, Zugang zu öffentlichen Informationen über diese Thematik zu erhalten.

Diese Intransparenz wiederholt sich in anderen Fällen. Im Dezember 2023 kündigte die Regierung von Präsident Javier Milei an, Gesichtserkennung bei Protesten einzusetzen, um Demonstrierende zu identifizieren und ihnen möglicherweise gewährte Sozialleistungen zu kürzen. Konkrete Informationen darüber liegen nicht vor und bis heute ist kein Fall bekannt, in dem diese Drohungen umgesetzt wurden. Möglicherweise handelt es sich in erster Linie um einen repressiven Diskurs der Regierung gegenüber allen, die ihre Rechte wahrnehmen.

Das Gleiche gilt für die Einheit für künstliche Intelligenz im Sicherheitsbereich (»UIAAS«), die das nationale Sicherheitsministerium im Juli 2024 einseitig ins Leben gerufen hat. Die Bundespolizei ist demnach dazu befugt, Technologien zu Gesichtserkennung und Künstlicher Intelligenz bei der Verbrechensaufklärung einzusetzen, ohne angeben zu müssen, um welche Technologien es sich handelt und welche Kontrollen oder Protokolle sie unterliegen. Es handelt sich um ein Regelwerk voller Unklarheiten und Vagheit, das aufgrund des Ausmaßes der damit verbundenen Eingriffe in die Privatsphäre durch die vorgesehenen Überwachungsmaßnahmen besonders gefährlich ist.

So etabliert sich in Argentinien eine massive Überwachung mit sehr geringer Transparenz und kaum Kontrollmöglichkeiten. Dies betrifft die informationelle Selbstbestimmung (das Recht, zu wissen und zu kontrollieren, welche Informationen andere über einen haben), aber auch die daraus abgeleiteten Rechte: die Rechte auf Freizügigkeit, freie Meinungsäußerung, Protest, Würde sowie körperliche und geistige Unversehrtheit.

Die direkte und beabsichtigte Wirkung dieser Systeme (Identifizierung von Perso-

nen in verschiedenen Kontexten), aber auch ihre hohe Fehlerquote und die indirekten Auswirkungen bedrohen verschiedene Rechte. Dazu gehören Einschüchterung oder Abschreckung angesichts der Möglichkeit, identifiziert zu werden (»Chilling effect«).

Diskriminierung durch Algorithmen

Ein weiteres Risiko ist die algorithmische Diskriminierung: Die Profilerstellung ist oft fehlerhaft und diskriminierend. Die Situation verschärft sich, wenn der Staat sich weigert, aufgrund der »nationalen Sicherheit« oder wegen Geschäftsgeheimnissen über die verwendeten Algorithmen, Rechenschaft abzulegen und Informationen öffentlich zugänglich zu machen. Die eigenen Rechte zu verteidigen, wird dadurch schwieriger. Dies gilt umso mehr, wenn die Systeme durch Regierungsdekrete eingeführt werden, ohne dass eine parlamentarische Debatte stattfindet.

Es ist notwendig, die verschiedenen Anwendungsbereiche dieser Technologie, die gesammelten Daten und die damit verbundenen Risiken in Bezug auf die Rechte zu kennen. Weltweite Erfahrungen zeigen, dass diese Systeme eine hohe Fehlerquote aufweisen. Selbst wenn die »Sicherheit« dadurch erhöht werden könnte, müssen die Bürger*innen wissen, wo dies hinführt. Ob diese Maßnahmen wirklich verhältnismäßig sind und ob es weniger invasive Alternativen gibt, muss überprüft werden.

Privatsphäre und Freiheit dürfen keine Variablen sein, die zur Förderung von Sicherheitsmaßnahmen angepasst werden können. Derzeit gibt es kein Gesetz, das den Einsatz von Gesichtserkennung speziell regelt. Das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten ist veraltet und verfügt über keine starke Kontrollbehörde. Die aktuellen Ereignisse in Argentinien sollten als Warnung dienen: Überwachungstechnologien ohne demokratische Debatte und Kontrollen einzusetzen, birgt ein hohes Risiko für staatliche Willkür. ■

Aus dem Spanischen von Tobias Lambert.



Margarita Trovato arbeitet bei der argentinischen Nichtregierungsorganisation Fundación Via Libre, die sich mit einem breiten Ansatz zu Menschenrechten im Zusammenhang mit digitalen Technologien befasst.